

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
scriptionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltl.) in der
Expedition, bei unsern Pos-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

42. Jahrgang.

N^o 7.

Dienstag, den 15. Januar

1895.

Bekanntmachung.

Ein Knabe im Alter von 8 Jahren und ein Mädchen im Alter von 5 Jahren sind in Familienpflege unterzubringen.

Eltern, welche zur Aufnahme eines oder beider Kinder bereit sind, wollen sich unter Angabe des beanspruchten Verpflegbeitrags baldigst in unserer Rathschreiberei melden.

Eibenstock, den 9. Januar 1895.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Gnädigst.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen des Webers August Friedrich Fuhs eingetragene Grundstück, bestehend aus dem Wohnhause Nr. 6 des Brandkatasters,

dem Flurstück Nr. 706 des Flurbuchs, Folium 7 des Grundbuchs für Schönheide, geschätzt auf 1450 M., soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und es ist

der 25. Januar 1895, Vormittag 11 Uhr
als Versteigerungstermin,

sowie

der 1. Februar 1895, Vormittag 11 Uhr

als Termin zu Veräußerung des Vertheilungsplans anberaumt worden.

Eine Ueberzicht der auf dem Grundstück lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann in der Gerichtschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Eibenstock, am 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Kaufsch.

Friedrich.

Aus dem Reichstage.

Bei der ersten Verathung der sogenannten Umsturzvorlage am 9. d. Mts. hat der Abg. Freiherr v. Stumm-Halberg (Rp.) eine Rede gehalten, die wir ihres hochwichtigen Inhaltes wegen hier nachstehend folgen lassen.

Der genannte Abgeordnete sagte folgendes: Die Rede des Abg. Auer war nicht nur lang, sondern in gewissem Sinne auch langweilig. Trotzdem war sie für mich höchst interessant, weil ich annehmen muß, daß diese Rede als offizielle Programmrede zu betrachten ist. Etwas hat mich in Stutzen verlegt, nämlich, daß dem Abg. Auer ein fundamentaler Widerspruch in seiner Rede entgangen ist. Auf der einen Seite stellt er die sozialdemokratische Partei als eine harmlose Reformpartei hin, auf der anderen Seite sagt er: Wir sind, was wir immer waren, und werden es auch bleiben. Glauben Sie ein so schlechtes Gedächtnis, daß Sie nicht mehr wissen, mit welchen Citaten Sie selbst, in und außer dem Hause den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie betont haben? Abg. Bebel spricht bei jeder Gelegenheit vom großen Kladderadatsch. (Redner verliest darauf einige Citate, unter Anderen: „Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung, die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“) Herr Liebknecht hat im Jahre 1874 gesagt: „Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre Partei.“ Das waren Sie und das sind Sie! Die Illusionen derjenigen aber, die da meinen und vielleicht noch meinen, daß seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Partei sich in eine Reformpartei umgewandelt hätte, sind durch die letzte Rede des Abgeordneten Bebel zertrümmert worden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit wiederholen, was ich vor zwei Jahren gesagt habe. Die sozialdemokratische Partei muß auf Grund der Geschäftsordnung als Partei hier anerkannt werden, außerhalb des Hauses werden wir sie als eine politische Partei nicht anerkennen. (Zwischenrufe links.) Die sozialdemokratische Presse greift alles an, was dem Menschen heilig sein soll, die Ehre, die Familie, die Religion und die Sitte. Nun sagt der Abg. Auer: Ihr da drüben macht es ja nicht besser. Es kommen dort auch Unsitlichkeiten und Majestätsbeleidigungen vor. Der Unterschied besteht doch aber darin, daß die bürgerliche Gesellschaft ihre Unsitlichkeiten und Majestätsbeleidigungen nicht rechtfertigt, sondern sie tadelt und Unwürdige ausstößt, während die Sozialdemokratie die Unsitlichkeit geradezu zum Prinzip macht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß wohl, daß die Sozialdemokratie an die Stelle dessen, was wir als sittlich bezeichnen, auch ihrerseits ein sittliches Prinzip in ihrem Sinne stellt; die freie Liebe wird an die Stelle der Ehe gesetzt; die Sittlichkeit des Meineides an die Stelle der Heiligkeit des Eides. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nicht bloß außerhalb des Hauses geschieht dies, sondern auch hier im Hause sind gerade diese beiden Punkte vom Abg. Auer sowohl wie vom Abg. Bebel betont worden. Herr Auer sagte gestern, der Arbeiter habe immer noch sein Liebchen gefunden; der Arbeiter braucht also keine Ehe. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel hat gesagt: „Ich bin Atheist, Sozialist, Republikaner.“ In demselben Athem sagt er: „Führen Sie den Eid ein, wir schwören ihn!“ Die Sozialdemokratie ist also geblieben, was sie war, und wie ich sie jetzt Ihnen gezeichnet habe. Die Sozialdemokratie hat geradezu den deutschen Anarchismus geboren. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes wäre dieser ganz unmöglich gewesen. Es ist ein Wunder, daß bei den Forderungen der Sozialdemokratie keine größere Anzahl von Verbrechen zum Vorschein kommen. Es hat noch kein anarchistisches Verbrechen gegeben, das nicht speziell von der sozialdemokratischen Presse vertheidigt, zum mindesten entschuldigt wurde. Die Pariser Kommune wird als Kinderspiel hingestellt, die

russischen Nihilisten wurden sogar hier im Hause verherrlicht, die Bombenattentate werden entschuldigt oder als kleine Vergehen hingestellt. Fast alle Anarchisten waren früher Führer der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordnete oder Kandidaten. Ich erinnere an Most, Hasselmann, Werner, Auerbach. Die sozialistische Partei in den Niederlanden erklärt, für die Verwirklichung ihrer Prinzipien mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, friedlichen und gewaltthätigen einzutreten. Das sind keine „Anarchisten!“ Der Abg. Auer hat den „Sozialist“ vorsichtiger Weise als nicht zu keiner Partei gehörig bezeichnet. Das widerspricht aber den wirklichen Verhältnissen. In einem Tableau, in welchem die „Neue Zeit“ sämtliche sozialdemokratischen Blätter aufführt, steht auch der „Sozialist“ friedlich neben dem „Vorwärts“; auch er wird also zu den sozialdemokratischen Organen gezählt. Einen weiteren Beweis für den Zusammenhang zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten liefert der Kalender des „Vorwärts“ für das Jahr 1895. Derselbe verzeichnet neben allerlei wichtigen und halb wichtigen Daten aus der Geschichte sämtliche Attentate, welche jemals gegen Staats- oder kirchliche Vertheilungen, von Seiten der Anarchisten, in dem Kalender nicht weniger als 28 anarchistische Verbrechen verzeichnet gefunden, die demnach als historische Thaten angesehen werden. Es ist nach alledem ganz unmöglich, den Zusammenhang zwischen den Sozialdemokraten und den Anarchisten zu leugnen. (Sehr richtig! rechts.) Sie sind ein Herz und eine Seele. Sie untercheiden sich lediglich durch die Taktik oder die Herrschaft ihrer Führer, die in dem Streite zwischen Bebel und von Vollmar so offen zu Tage getreten ist. Was diesen Streit anlangt, so bin ich überzeugt, daß die Redensarten, welche die Herren sich gegenseitig an den Kopf geworfen haben, ehrlich gemeint waren. Die ganze Angelegenheit wäre aber gewiß nicht so aufgebauscht worden, wie es thatsächlich geschehen ist, wenn man auf sozialdemokratischer Seite dabei nicht einen bestimmten Zweck verfolgt hätte. Man wollte nämlich den Gedanken erwecken, eine Partei, deren Führer sich so in den Haaren lägen, könne unmöglich so gefährlich sein, wie es vielfach dargestellt wurde. Es ist nämlich Thatsache, daß die Sozialdemokraten eine heillose Angst vor den drohenden schärferen Gesetzebestimmungen haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Aus diesem Grunde ist noch nachträglich der Versuch gemacht worden, den Vorgang vom 6. Dezember in diesem Hause als harmlos hinzustellen. Dem gleichen Eindruck gewinnt man durch eine Vergleichung der gestrigen Rede des Abg. Auer mit der Rede, welche kürzlich der Abg. Bebel hier gehalten hat. Sie (zu den Sozialdemokraten) fürchten eben, daß Sie mit eiserner Hand niedergehalten werden. Das ist thatsächlich das einzige Mittel gegen die Sozialdemokratie; hier heißt es: Gewalt gegen Gewalt! Mit geistigen Waffen allein ist da nicht auszukommen. (Sehr richtig! rechts.) Jedem Angriff mit geistigen Waffen weichen Sie durch „Mauferungen“ aus! Ich bin der Ansicht, daß ein mögliches scharfes Gesetz gegen die Sozialdemokratie allein helfen kann. Wie ein solches Gesetz ausfallen würde, wenn ich es zu machen hätte, kann ich dem Abgeordneten Auer mit wenigen Worten sagen. Der § 1 des Gesetzes würde lauten: (Abgeordneter Singer: Jeder Sozialdemokrat wird todgeschlagen.) (Präsident v. Levetzow verweist dem Abg. Singer derartige Zwischenrufe als unparlamentarisch.) „Den Sozialdemokraten einschließend der Anarchisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen.“ In § 2 würde ich bestimmen: „Die sozialdemokratischen Agitatoren werden entweder ausgewiesen oder internirt.“ (Zuruf aus der sozialdemokratischen Partei: Gerädert!) Das Rädern überlasse ich den Herren Bebel und Genossen; ich bin im Gegentheil der Meinung, daß in einer gewissen Beziehung die weitestgehende Milde anzuwenden wäre. Ich bin nämlich überzeugt, daß der allergrößte Theil derjenigen, welche der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten und ihr ihre Stimmen

bei den Wahlen geben, nicht weiß, was er eigentlich thut. Die Milde dürfte aber nicht so weit gehen, daß der Zweck des Gesetzes nicht erreicht würde. Die Sozialdemokratie muß und kann unterdrückt werden. (Zustimmung rechts.) Das Verhalten der Sozialdemokratie war früher ein schwächernes. Das entsprach dem Umstande, daß man versuchen mußte, schon den Kinderfeulen das Gift einzusüßen. Bei den Kinderfesten, in den Jugendschriften, überall ging man darauf aus, jedes Pietätsgefühl in der Kinderseele zu erlösen. Auch die Pietät gegen die eigenen Eltern. Jetzt, nachdem man schon eine größere Zahl von Anhängern in der heranwachsenden Generation besitzt, nachdem die Zahl der Vergifteten sich vermehrt hat, tritt man offener auf. Das ist auch ein Programm der Sozialdemokratie. Im Jahre 1889 wurde im Berliner Volksblatt die Zufriedenheit als das größte Laster bezeichnet und erklärt, kein Laster könne ein Volk so zurückbringen wie Zufriedenheit. Zufriedenheit sei geistiger Tod, Zufriedenheit schließt jeden Fortschritt aus. Sie sei Wahnsinn, eine Gehirnkrankheit. (Hört, hört!) Wenn so etwas in das Bewußtsein der urtheillosen Masse gebracht wird, so muß die Folge davon eine Störung jeder wirtschaftlichen und politischen Ordnung sein. Die Sozialdemokraten heuten die gewonnene Macht in der rückwärtschweifenden Weise aus. Sie bilden schon jetzt einen Staat im Staate, halten ein wohlgezüchtetes Beamtenheer und treiben Steuern ein, regelmäßiger als irgend ein deutscher Finanzminister. Da sie schicken Geheimpolizisten in die Wohnungen, sogar bis in die Keller, und boypottiren alles, was sich ihnen irgendwie widersetzt. Früher wurden die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden durch die Kontrolmarken der Sozialdemokratie dienstbar gemacht. Jetzt werden sie schon zu Beiträgen herangezogen, und sie werden boypottirt, wenn sie sie nicht leisten. Die Arbeiter, die nicht Genossen sind, werden von den Arbeitsstellen, wo die Sozialdemokratie die Herrschaft hat, ausgeschlossen. Ich bedauere, daß jüngst von einem großen Gewerbe ein Arbeitsnachweis anerkannt worden ist, welcher die Arbeitgeber zwingt, sogar die entlassenen sozialdemokratischen Räubersführer wieder in ihre Dienste einzustellen. Man boypottirt sogar die Kirche. Es paßt das sehr gut zu dem angeblichen Grundsatz: Religion ist Privatfache. So ist neulich eine Wittve gezwungen worden, ihren verstorbenen Mann ohne kirchliches Geleit begraben zu lassen. (Ruf links: Wo?) Das ist in Harburg geschehen. Am schlimmsten sind aber die Arbeiter dran, die sich nicht an einem sozialdemokratischen Streik betheiligen wollen. „Streikbrecher“ ist das größte Schimpfwort bei den Sozialdemokraten. Wir sind vielleicht noch nicht so weit wie in Amerika, wo auf den Werken von Carnegie die „Black-legs“ vergiftet wurden; aber auch bei uns geht die Tyrannei der Sozialdemokraten in den Streiks schon weit genug. Vielleicht wird demnächst auch eine internationale Organisation der Sozialdemokratie bewerkstelligt, wie sie jüngst ein Kongreß in Paris beschlossen hat. Wer Angesichts solcher Verhältnisse die Hände in den Schooß legt, macht sich mitverantwortlich für die Ströme von Blut, welche fließen werden. (Beifall rechts.) Vor zwanzig Jahren, als wir Arbeitgeber an der Saar, vielleicht weitsichtiger als die Arbeitgeber im übrigen Deutschland, beschloßen, keine sozialdemokratischen Arbeiter aufzunehmen, erhob man ein großes Geschrei. Damals glaubte man noch die Koalitionsfreiheit der Arbeiter begünstigen zu müssen. Seither haben sich die Ansichten über die Koalitionsfreiheit wesentlich geändert. Auch dem blödesten Auge ist klar geworden, daß die gesetzliche Koalitionsfreiheit nicht mehr zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dient, sondern dazu benützt wird, die Arbeiter im Interesse der sozialdemokratischen Arbeiterführer zu knebeln. Pflicht und Ehre gebieten den Arbeitgebern heute, das Beispiel zu befolgen, das wir vor